

**Die Tschechen im Landtag und Gemeinderat.**

In der Prager Nationalversammlung brachten, wie gemeldet wird, die Abgeordneten Professor Erdmilo und Genossen eine Anfrage ein, in der es heißt:

Nach eingegangenen glaubwürdigen Nachrichten wurden Abgeordnete tschechischer Nationalität, die rechtmäßig in den niederösterreichischen Landtag gewählt wurden, unerhörten Angriffen von deutscher Seite ausgesetzt. Es wird deshalb die Anfrage gestellt: Ist die Regierung bereit, sofort in dieser Angelegenheit von der Wiener Regierung Aufklärung zu fordern? Sind bei der Friedenskonferenz Schritte für den künftigen Schutz der tschechischen Minderheiten in Deutschösterreich und Ungarn unternommen worden?

Die Übertreibung dieser Anfrage liegt auf der Hand: es ist weder im Landtag noch im Gemeinderat etwas passiert, was über die „Zwischenfälle“, wie sie in Parlamenten ja nicht ungewöhnlich sind, hinausgehen würde. Auch wird die Zuständigkeit der tschecho-slowakischen Regierung, von der Wiener Regierung Aufklärung zu fordern, sehr bestritten werden können; die tschechische Regierung hat sich in der Behandlung der Deutschen, die dort leben, wo sie ihre Gewalt ausübt, ganz andere Dinge zu Schulden kommen lassen, als sie jene Zwischenfälle darstellen, ohne daß die deutschösterreichische Regierung den Anspruch zu „Aufklärungen“ erhoben hätte. Auch könnte man den erstaunlichen Interpellanten fragen, wie er sich denn eine Intervention der deutschösterreichischen Regierung vorstellt, der doch selbstverständlich in Hinsicht der Geschäftsführung im Wiener Gemeinderat und im niederösterreichischen Landtag nicht das geringste Recht zusteht. Man kann den tschechischen Abgeordneten und Gemeinderäten auch den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich ganz ohne Grund und Zweck in die Rolle einer nationalen Kampfminderheit begeben haben, obwohl dafür kein Anlaß besteht. Wenn man ihre politische Stellung in Niederösterreich mit der Behandlung der Deutschen in Böhmen und im Sudetenland vergleicht — man denke nur an die Märzorde, an die Auflösung der Gemeindevertretungen und deutscher Organisationen, an die Versammlungsverbote, an die Konfiskationen und Einstellungen deutscher Zeitungen —, so wird kein Einsichtiger den Unterschied verkennen können, und wir rufen die Einsicht jener Tschechen, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, an, wenn wir sie auffordern, die Kleinlichen Mägen, mit denen sie debattiert haben, fallen zu lassen und sich in der deutschösterreichischen Republik, deren getreue Bürger sie sein wollen, zu einer sachlichen Mitarbeit zu bequemen. Das wird für sie besser sein als diese Prager Bemutterung, der der Tropfen Denunziation, ohne die es bei gewissen Tschechen nicht leicht geht, nicht fehlt.

Aber das alles ändert nichts daran, daß den Christlichsozialen hier eine Taktik beliebt, die ganz bestimmt nicht im Interesse des deutschen Volkes ist und daher eine verwerfliche Demagogie darstellt. An sich ist die Aufregung über ein tschechisches Wort bei den Christlichsozialen, die die tschechischen Kleinbürger in Wien so lange als Stimmvieh gebrauchen wollten — „Laßt mir meine Böhmen in Ruh!“ —, ein Schwindel; wie überhaupt den christlichsozialen Anschlußfeinden und Französlingen die deutsche Aufregung doch niemand glauben wird. Die Komödie ist recht durchsichtig: die verachteten Christlichsozialen raffen jetzt eben alle Demagogien zusammen und da, meinen sie, werde auch die nationale ihnen gute Dienste leisten. Auf der einen Seite hat ihr Blatt die Schamlosigkeit, die Entfremdung von Delegierten zur Förderung der Kulturgemeinschaft mit den reichsdeutschen Brüdern so darzustellen, daß man damit der Entente, die man doch brauche, ins Gesicht speit; auf der anderen wird gegen die Tschechen, die Deutschösterreich doch nicht minder braucht, in der allerersten

Weise geheht und die nachbarliche Stimmung vergiftet. Die Zeiten sind aber zu ernst, um, weil die Christlichsozialen die Mehrheit in Wien verloren haben, im Landtag und im Gemeinderat Kirchweihspäße aufzuführen zu dürfen. Wie immer und überall zeigen die Christlichsozialen auch hier, daß ihnen ihr lächliches Parteinteresse über die stärksten Notwendigkeiten des Vaterlandes geht.